

Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI)/Institut für Arbeitsmarkt- u. Berufsforschung (IAB)/Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung München (ISF)/Internationales Institut für empirische Sozialökonomie (INIFES) (Hrsg.) (2005): *Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland - Arbeit und Lebensweisen. Erster Bericht*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. ISBN 3-531-14316-6.

## IV. Sozioökonomische Berichterstattung: Konzept, Daten, Indikatoren

*Peter Bartelheimer*

Der hier vorgelegte erste Bericht zur sozioökonomischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland ist als Schritt zur Umsetzung eines sozialwissenschaftlichen Arbeitsprogramms zu lesen. Die ihn tragenden Institute wollen

- spezialisierten Ansätzen der Sozialberichterstattung einen integrierten Berichtsansatz zur Seite stellen, der den Zusammenhang gesellschaftlicher Entwicklung zum Gegenstand hat,
- ihre sozialwissenschaftliche Kompetenz in verschiedenen Feldern für eine gemeinsame gesellschaftliche Dauerbeobachtung bündeln,
- Daten und Datenlücken für Sozialberichterstattung in einer gesellschaftlichen Umbruchsituation benennen,
- neue Beobachtungskonzepte für wesentliche Momente dieses Umbruchs erproben und zu Vorschlägen für Indikatoren verdichten,
- und dabei mit anderen Berichtsansätzen kooperieren.

Der sozioökonomische Berichtsansatz orientiert sich an integrierenden Konzepten, die Befunde zusammenführen. Er will die bestehende Dateninfrastruktur für seine Fragestellungen nutzen. Und er will für verschiedene gesellschaftliche Akteure nützlich und verständlich sein.

### 1. Integrierte Sozialberichterstattung im gesellschaftlichen Umbruch

Sozialberichterstattung hat sich in Deutschland als anwendungsorientierter Beitrag der Sozialwissenschaften zur Informationsinfrastruktur durchgesetzt – sie ist alltägliche Praxis (Zapf 1999) geworden. Dabei ist eine vielfältige, tief gegliederte und

stark spezialisierte Infrastruktur der Sozialberichterstattung entstanden. Amtliche Statistik und sozialwissenschaftliche Institute gestalten gemeinsam den regelmäßigen Datenreport (Statistisches Bundesamt 2004). Die Ressortberichterstattung, die einmal mit Familien- und Jugendberichten begann, differenziert sich weiter aus: Jüngste Beispiele hierfür sind die Armut- und Reichtumsberichterstattung des Bundes und die (kommende) nationale Bildungsberichterstattung. In der europäischen Union ist die Bundesrepublik in ein umfassendes Indikatoren- und Berichtssystem eingebunden, das die Zieldimensionen der EU-Strategie abzubilden versucht und ein „Benchmarking“ der sozioökonomischen Entwicklung der Mitgliedsstaaten beansprucht. Länder, Kommunen und Verbände unternehmen unterschiedliche, aber sehr intensive Anstrengungen zur Qualifizierung ihrer Sozialberichterstattung. Wozu bedarf es da eines besonderen sozioökonomischen Berichtsansatzes?

Das hier vorgestellte Berichtskonzept soll bestehende Verfahren der gesellschaftlichen Berichterstattung nicht ersetzen, sondern ergänzen. Dieser Ergänzungsbedarf ergibt sich zum einen aus der gesellschaftlichen Konstellation des Umbruchs im Produktions- und Sozialmodell, zum anderen aus dem erreichten Spezialisierungsgrad der Sozialberichterstattung.

„Fragmentiertes Wissen zusammen fügen“ – so beschrieb Franz-Xaver Kaufmann 1997 die Aufgabe „integrierter“ Sozialberichterstattung: Sozialberichterstattung „sollte zu einem etwas überschaubareren und in sich kohärenten Bild von Teilwirklichkeiten führen“. Sie setze voraus, dass analytische Arbeit geleistet sei, aber die eigentliche Berichtsaufgabe sei synthetischer Natur (Kaufmann 1998b: 313).

Die bundesdeutsche Gesellschaft befindet sich nach der Überzeugung der Institute, die dieses Berichtsvorhaben tragen, in einer Umbruchssituation, in der sich viele ökonomische und soziale Gegebenheiten gleichzeitig ändern – teilweise unabhängig voneinander, aber immer in Wechselwirkung. Soziologische Gegenwartsdiagnosen können nur gewinnen, wenn sich eine empirisch fundierte Sozialberichterstattung am Versuch einer Deutung dieser Gesamtlage beteiligt.

Ein Bericht, der auf Integration von Befunden abzielt, benötigt integrierende Konzepte und Fragestellungen. Er stellt nicht ein möglichst umfassendes Tabellenwerk „auf Vorrat“ zur Verfügung (Wagner 2002: 416), sondern beobachtet Entwicklungen, die für das Verständnis der gesellschaftlichen Situation zentral scheinen. Worüber berichtet wird, ist also nicht durch einen spezialisierten Berichtsauftrag bereits vorgegeben. Die Annahme, dass aus dem Veralten des sozioökonomischen Entwicklungsmodells Störungen im Zusammenspiel zwischen Wirtschaft und Lebensweise entstehen und die gesellschaftliche Einbettung der Ökonomie spannungsreicher wird (vgl. Kap. I.2), musste die Auswahl von Berichtsthemen anleiten und dazu dienen, Befunde zu bündeln.

Integrierte Sozialberichterstattung bedeutet nun aber nicht Zusammenführung bestehender Ansätze zu einem großen, umfassenden Werk, das andere Berichtsansätze ersetzt. „Sozialberichterstattung sollte nicht nur methodisch, sondern auch publizistisch plural sein.“ (Wagner 2002: 418.) Eine solche pluralistische Sozialberichterstattung, die vom Datenreport bis zu Ressortberichten reicht, setzt der vorliegende Bericht geradezu voraus. Denn der hier beschrittene Weg der Integration hat seinen Preis: Eine Berichterstattung, die sich an „starken“ Hypothesen und theoretischen Konzepten orientiert, ist auch bestreitbarer. Und in keinem ihrer Teile kann

die sozioökonomische Berichterstattung den Grad an Differenzierung, Datenbeherrschung und Ausführlichkeit erreichen, der dem Standard eines Datenhandbuchs oder eines Spezialberichts entspräche.

Ein weniger spezialisierter Berichtsansatz macht es andererseits leichter zu fragen, ob die Konzepte und Kategorien der Statistik und der Spezialberichte noch messen, was sie messen sollen. Gerade vieles Neue entzieht sich etablierten Erhebungsverfahren und Berichtsroutinen. Umbruch bedeutet Diskontinuität in vielen Bereichen der Gesellschaft und Störung im Zusammenspiel der „Wohlfahrtsproduzenten“ Markt, Staat, private Haushalte und intermediäre Organisationen. In einer solchen Situation werden scheinbar geklärte Begriffe und Beobachtungskonzepte unscharf. Eine Aufgabe der sozioökonomischen Berichterstattung ist es daher, Beobachtungskonzepte für Veränderungen zu erörtern, die sich quer zu den bestehenden spezialisierten Statistiken und Berichtssystemen vollziehen. Zu den Auswahlkriterien für Berichtsgegenstände gehörte denn auch, möglichst dort anzusetzen, wo zwischen bestehenden Bausteinen der Dateninfrastruktur Lücken bleiben.

## **2. Zum methodischen Profil sozioökonomischer Berichterstattung**

Die sozioökonomische Fragestellung erweitert das Arbeitsprogramm der Sozialberichterstattung. Die damit verbundenen Probleme sind im vorliegenden ersten Bericht noch keineswegs gelöst. Die folgenden Anmerkungen zum besonderen methodischen Profil des hier vorgestellten Berichtsansatzes beschreiben daher längerfristige Arbeitsaufgaben.

### **2.1. Wirtschaftliche und soziale Beobachtungsgegenstände**

Nach Zapf (1978: 11 f.) ist es Ziel jeder Form von Sozialberichterstattung, „über gesellschaftliche Strukturen und Prozesse sowie über die Voraussetzungen und Konsequenzen gesellschaftspolitischer Maßnahmen regelmäßig, rechtzeitig, systematisch und autonom zu informieren“. Sie soll die Wirtschaftsberichterstattung ergänzen: „um die Analyse der einzelnen Lebens- und Politikbereiche, die unmittelbar für die Lebensbedingungen der Bürger relevant sind“, und zugleich verändern: „durch eine Perspektive, in der Wachstumsraten und ökonomische Effizienz nicht mehr die dominierenden Ziele sind, sondern nunmehr neben anderen gesellschaftspolitischen Zielen stehen“. Ändern sich viele ökonomische und soziale Gegebenheiten gleichzeitig, so muss sich auch Sozialberichterstattung neu über ihre Aufgabenteilung mit der ökonomischen Berichterstattung und über Konzepte und Methoden der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung verständigen.

Der sozialwissenschaftlichen „Sozialindikatorenbewegung“ der 70er Jahre schien die Struktur moderner Gesellschaften „durch die Basisinstitutionen der Konkurrenzdemokratie, der Marktwirtschaft, des Wohlfahrtsstaats und des Massenkonsums“ (Zapf 2003) so klar vorgegeben, dass sie sich ausdrücklich auf die Beobachtung von Leistungen und Ergebnissen dieser Institutionen – heute sagt man „Outcomes“ – für die individuelle Wohlfahrt konzentrieren wollte. Sozialer Wandel

als Deutungsmuster und Lebensqualität als Zielformel blieben, ökonomisch gesprochen, auf der „Verwendungsseite“: Sozialindikatoren sollten weder über die ökonomischen noch über die staatlichen Aktivitäten berichten, die zu ihnen führten.

Auch im Mittelpunkt der sozioökonomischen Berichterstattung soll stehen, wie Menschen arbeiten und leben. Doch heute erscheint es wesentlich schwieriger, dabei von der „Entstehungsseite“ – von den ökonomischen „Inputs“ – und vom Kontext der Institutionen abzusehen, die Ökonomie und Gesellschaft regulieren. Als in den 70er Jahren das Arbeitsprogramm der Sozialberichterstattung formuliert wurde, galt Lebensqualität als „das Synonym für den Gebrauch all jener Errungenschaften, die uns eine funktionierende Wirtschaft bereithält für ein menschenwürdiges Leben in der Industriegesellschaft“ (Reinhold 1997: 400). Heute geht es aber nicht mehr nur darum, wie stark der Zusammenhang zwischen ökonomischem Lebensstandard und sozialer Wohlfahrt (Noll 1999) noch ist und woran sich menschenwürdiges Leben bemisst. Es ist heute zugleich weniger selbstverständlich, von einer funktionierenden Wirtschaft auszugehen, und ob wir noch in einer Industriegesellschaft leben, ist eine Frage mehr.

Wirtschaftliche und soziale Beobachtungsgegenstände können im sozioökonomischen Berichtsansatz je nach Perspektive und Fragestellung bedingende und bedingte Faktoren darstellen.<sup>1</sup> So treffen am Arbeitsmarkt Strategien von Unternehmen und Erwerbsorientierungen von Individuen und Haushalten auf einander. Informelle soziale Beziehungen sind sowohl eine Dimension von Teilhabe als auch „Input“ für Haushaltsproduktion, etwa bei der Kinderbetreuung.

## 2.2. Messgrößen und Analyseebenen

Die sozioökonomische Erweiterung der Sozialberichterstattung macht es erforderlich, verschiedene Messgrößen und Analyseebenen nebeneinander zu verwenden.

Neben monetären Größen spielt insbesondere die Zeit und ihre Verwendung eine wachsende Rolle für die Berichterstattung. Zeit als gemeinsames Maß aller Aktivitäten wird zu einer zentralen Maßeinheit sozioökonomischer Berichterstattung, in der sich Erwerbsarbeit im Zusammenhang mit der gesamten Lebensführung der Bevölkerung abbilden lässt. Die Beobachtung von Zeitverwendung erfordert eine erweiterte Dateninfrastruktur und die Bildung neuer Kennzahlen zu Zeitverteilung und Zeitwohlstand, zu Zeitbudgets sowie zu empfangenen und geleisteten Zeiten.<sup>2</sup>

Zusammenhänge wie die zwischen Erwerbsarbeit und Lebensweise lassen sich nicht allein anhand von Personenmerkmalen beobachten. Bei der Analyse von Individualdaten muss die Berichterstattung zu komplexeren Beobachtungseinheiten wie dem Haushaltszusammenhang, dem Lebensverlauf oder der biographischen Sequenz übergehen, um zu erfassen, wie sich Arbeiten und Leben verändern. Für die

---

1 Der Vorschlag, diese Bezeichnungen anstelle von Unterscheidungen wie ‚abhängig‘ und ‚unabhängig‘, ‚endogen‘ oder ‚exogen‘ zu verwenden, stammt von J. Frohn.

2 Das „Sozioökonomische Berichtssystem für eine nachhaltige Entwicklung“ des Statistischen Bundesamts (Stahmer u.a. 2004) verwendet Geld- und Stoffströme sowie Zeitverwendung als parallele Messgrößen in Input-Output-Matrizen.

Rekonstruktion von Veränderungen im Produktionsmodell bleiben Betrieb und Unternehmen die maßgebliche mittlere Analyseebene („Mesoebene“), deren vormalig klare Konturen sich allerdings infolge von Flexibilisierung und Informatisierung aufzulösen beginnen. Die gesamtgesellschaftliche Ebene („Makroebene“) ist einerseits regional zu differenzieren, etwa nach alter Bundesrepublik und neuen Bundesländern, zum anderen durch internationale bzw. europaweite Vergleiche zu erweitern. Der vorliegende Bericht verzichtet noch auf solche Ländervergleiche, denn ihre gültige Interpretation setzt die Analyse der ihnen zugrundeliegenden einzelstaatlichen Produktions- und Sozialmodelle voraus.

### 2.3. Datenpluralismus

Jede Sozialforschung muss die Aufgabe lösen, empirische Erhebungen mit theoretisch zentralen Fragestellungen zu verbinden (Adorno 1969: 97). Der Sozialberichterstattung stellt sich dieses Problem unter den verschärften Anforderungen von Regelmäßigkeit: Beobachtungen sollen wiederholbar sein. Dabei müssen sich Berichtssysteme kritisch zu den Daten verhalten, die in ihren Beobachtungsfeldern verfügbar sind. Gerade weil sie Bedarf an regelmäßig vergleichbaren Daten geltend machen, entwickeln Sozialberichte eine größere „Nachfragemacht“ gegenüber den Datenhaltern als vereinzelte sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte mit ihren wechselnden Fragestellungen und Datenanforderungen.

Der hier vorgestellte Berichtsansatz verzichtet auf eigene Primärerhebungen. Er wertet bestehende Datenbestände sekundäranalytisch aus. Für diese Vorgehensweise sprachen nicht nur pragmatische Gründe – so zwingend diese selbst waren. Die im Jahr 2001 vorgelegten Empfehlungen der Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik setzen auf eine bessere Nutzung der öffentlich finanzierten statistischen Infrastruktur und auf eine stärkere Vernetzung von amtlicher und wissenschaftlicher Statistik. Die Kommission (2001: 17) schlägt dabei eine stärkere „Einflussnahme durch die Wissenschaft auf die Ressorterhebungen und die Gestaltung der prozessproduzierten Daten“ vor. Zur Verbesserung der Dateninfrastruktur gehört aber nicht nur die Verbesserung des Zugangs zu Primärdaten aus Bevölkerungsumfragen oder Verwaltungsregistern. Ebenso wichtig ist die Formulierung sozialwissenschaftlicher Fragestellungen, die den Bedarf nach besseren Daten begründen, Datenlücken identifizieren und Vorschläge dafür machen, wie diese geschlossen werden können.

Für integrierte Sozialberichterstattung sind zwei Vorgehensweisen denkbar: Sie kann sich zur Gesellschaftsbeobachtung auf einen Datensatz beschränken. Zwar bestimmt dessen Merkmalsumfang dann, was in welcher Differenzierung berichtet werden kann. Dafür jedoch geht die statistische Beschreibung stets lückenlos auf, und multivariate Datenanalysen auf der Individualebene sind uneingeschränkt möglich. Oder sie kann für ihre Themenfelder und Berichtsgegenstände unterschiedlich spezialisierte Datensätze verwenden. Damit gewinnt sie eine größere Freiheit bei der Bearbeitung ihrer Themen, kann allerdings viele Befunde lediglich interpretativ verknüpfen und muss abweichende bzw. nicht voll vergleichbare Statistiken ausweisen. Bei der großen Reichweite der in diesem Bericht bearbeiteten

Fragestellungen kam trotz dieser Schwierigkeiten nur der zweite Weg in Betracht.<sup>3</sup> (Zu den verwendeten Mikrodatensätzen vgl. 4.)

## 2.4. Methodenpluralismus

Der weit gefasste Gegenstandsbereich erzwingt nicht nur Datenpluralismus, sondern auch Methodenpluralismus. Dieser Bericht – wie Sozialberichterstattung überhaupt – stützt sich wesentlich auf statistische Beschreibung. Einige Berichtsgegenstände nutzen die Möglichkeiten der Längsschnittanalyse und der Kohortenbildung. Bei vielen Gegenständen erscheinen aber die Mittel deskriptiver Statistik nicht mehr ausreichend. Damit stellt sich die Frage, wie Ergebnisse multivariater Verfahren zur Analyse von Einflussgrößen (z.B. Regressionen, CHAID-Analysen) für die Berichterstattung allgemein verständlich aufbereitet werden können (vgl. Wagner 2002: 416).

Die thematische Erweiterung der Sozialberichterstattung legt es auch nahe, den unverzichtbaren quantitativ-statistischen Beobachtungen Ergebnisse qualitativer Forschung zur Seite zu stellen und Befunde beider Forschungsstrategien zur wechselseitigen Überprüfung zu nutzen (Kelle u.a. 1998). Dies geschah in den verschiedenen Themenfeldern und Berichtsgegenständen in sehr unterschiedlichem Maß. Erschwert wird der Rückgriff auf qualitative Empirie für Berichtszwecke dadurch, dass solche Befunde meist aus einmaligen, also nicht wiederholbaren Erhebungen stammen.

Die historisch vergleichende Perspektive auf den ‚Fordismus‘, wesentliches Merkmal des theoretischen Konzepts dieses Berichts, verlangt historische Darstellungen. Datensätze, die für Mikroanalysen verfügbar sind, reichen aber kaum weiter als in die 80er Jahre zurück. Für die historische Perspektive sind neben langen Zeitreihen aus vorliegenden Tabellenwerken, bei denen oft auf wichtige Differenzierungen verzichtet werden muss, beschreibende Darstellungen der Entwicklung politisch-institutioneller Regulierungen oder gesellschaftlicher Diskurse erforderlich, ohne dass Raum für ausführliche Belege und Beweisführungen wäre. Wie quantitativ-statistische und historisch-deskriptive Evidenz angemessen verknüpft werden können, zählt zu den Methodenfragen, die weiter zu erörtern sind.

## 3. Redaktionsgrundsätze für diesen Bericht

Kernaufgabe jeder Sozialberichterstattung ist statistische Deskription. Viele längst eingeführte oder spezialisierte Berichtsansätze können beanspruchen, ihren gesellschaftlichen Gegenstandsbereich möglichst vollständig und systematisch zu erfassen.

---

<sup>3</sup> Im Unterschied zum sozioökonomischen Berichtsansatz des Statistischen Bundesamts, der auf der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung basiert und sich an deren Eckdaten orientiert (Klose u.a. 2005; Stahmer 2004), strebt der hier vorgestellte sozioökonomische Berichtsansatz keine konsistente statistische Darstellung an. Daher werden für einzelne Sachverhalte auch abweichende Befunde verschiedener Erhebungen dargestellt.

sen, und es den Anwendern überlassen, wie sie die bereitgestellten Befunde interpretieren und in ein größeres Bild gesellschaftlicher Entwicklung einordnen.

Doch in einer Umbruchssituation sprechen Daten nicht immer für sich. Welche Daten man erhebt, auswählt oder analysiert, hat erheblichen Einfluss auf die Situationsdeutung, und wie eine Kennzahl bewertet werden soll, ist oft strittig. Daher muss eine an Umbruchsannahmen und an Wissenslücken über Veränderungen orientierte Berichterstattung der Deutung Raum geben, auch wenn sie sich damit angreifbarer macht. Dem Anspruch, Daten nicht nur problembezogen zu präsentieren, sondern auch zu deuten, versucht der vorliegende Bericht durch einen zweistufigen Aufbau zu entsprechen.<sup>4</sup>

Jedes der fünf Themenfelder des Abschnitts II – Teilhabe, Gefährdung, Ausgrenzung (Kap. II.1), Flexibilisierung und Subjektivierung der Arbeit (Kap. II.2), Informelle Tätigkeiten und Lebensweisen (Kap. II.3), Bildung und soziale Strukturierung (Kap. II.4), Informatisierung (Kap. II.5) – behandelt die gesellschaftliche Umbruchsconstellation unter einer eigenen theoretischen Perspektive und sucht hierfür mögliche Indikatoren. In diesen Themenfeldern werden die wichtigsten Ergebnisse der zwölf Berichtsgegenstände, welche die Kapitel des Abschnitts III bilden, im Zusammenhang bewertet.

Diese Berichtsgegenstände ihrerseits sollen klar begrenzte Informationsbereiche für die empirische Beobachtung besser erschließen. Auch sie können nicht beanspruchen, ihren Gegenstandsbereich vollständig zu beschreiben. Sie haben Informationslücken zum Ausgangspunkt, die durch neue Beobachtungskonzepte geschlossen werden können. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt in ihnen auf der Präsentation von Daten und der Entwicklung von Kennziffern, die für eine künftig regelmäßige Erfassung in Betracht kommen.

Da in den Kapiteln des Berichts nur ein kleiner Teil der aufbereiteten Daten dargestellt werden kann, wird dem Bericht eine CD mit einem Datenanhang beigegeben. Auf die dort präsentierten Tabellen wird im Text immer wieder verwiesen.

#### 4. Datenbasis

Die sekundäranalytische Bearbeitung der Berichtsgegenstände sollte nach Möglichkeit mit Mikrodaten geleistet werden. Im Folgenden werden die Datensätze nachgewiesen, in denen für diesen Bericht eigene Berechnungen und Datenauswertungen vorgenommen wurden. Nähere Erläuterungen zur Arbeit mit diesen Datensätzen finden sich in den einzelnen Kapiteln des Abschnitts III. Dort werden auch weitere verwendete Datenquellen nachgewiesen.

Bei der empirischen Arbeit für diesen Bericht kam dem *Sozio-ökonomischen Panel (SOEP)*<sup>5</sup> eine Sonderstellung zu. Wegen des thematisch weiten Spektrums

---

4 Mit dem Aufbau dieses Bandes wird noch keine endgültige Struktur für die sozioökonomische Berichterstattung vorgelegt, die künftig nur noch fortgeschrieben werden müsste.

5 Für eine Darstellung des Sozio-ökonomischen Panels siehe insbesondere: Haisken-DeNew/Frick 2003; Rosenblatt 2002; SOEP Group 2001, sowie <http://www.diw.de/deutsch/sop/uebersicht/> im Internet. Nähere Angaben zu Datenanalysen mit dem SOEP finden sich in Kap. III.2, Kap. III.3, Kap. III.5, Kap. III.6, Kap. III.7, Kap. III.8, Kap. III.9, Kap. III.11 und Kap. III.12.

der im SOEP erhobenen ökonomischen *und* sozialen Merkmale, seiner jährlichen Verfügbarkeit, seinem Längsschnittdesign (Panelstruktur) und der guten Erfassung des Haushaltszusammenhangs (Befragung aller erwachsenen Haushaltsmitglieder) wurde es für viele Berichtsgegenstände zum gemeinsamen Datensatz, in dem sich neue Beobachtungskonzepte erproben und Ergebnisse zu verschiedenen Merkmalsdimensionen auf der Individualebene verknüpfen ließen. Es bleibt aber das Ziel der Berichterstattung, im SOEP erprobte Analysekonzepte nach Möglichkeit auch auf andere Datensätze (etwa den Mikrozensus) zu übertragen. Daten des SOEP wurden in der Regel bis zur 18. Welle (2001), in Kap. III.6 bis zur 19. Welle (2002) berücksichtigt. Mit den SOEP-Stichproben A bis F waren für Querschnittsanalysen im Jahr 2001 Daten aus etwa 22.400 Interviews in etwa 12.000 Haushalten verfügbar.

Daten des *Mikrozensus*, der jährlichen repräsentativen 1%-Bevölkerungstichprobe des Statistischen Bundesamts mit (2001) rund 820.000 befragten Personen<sup>6</sup>, wurden in der Regel in tabellarischer Form verwendet. Kap. III.5 nutzte darüber hinaus Auswertungen der Unterstichprobe des Mikrozensus 2001 (EU-Arbeitskräfteerhebung), die durch kontrollierte Datenfernverarbeitung beim neu eingerichteten Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamts in Wiesbaden erstellt wurden.<sup>7</sup>

Zur Beobachtung der Erwerbsbeteiligung konnte ein neuer integrierter Längsschnittdatensatz der Bundesagentur für Arbeit genutzt werden, die *Beschäftigten-Leistungsempfänger-Historik* 1996 bis 2000<sup>8</sup>. Diese Historikdatei enthält tagesgenaue Verlaufsinformationen aus Meldungen zur Sozialversicherung sowie aus den Fachverfahren für Personen, die Leistungen der Bundesagentur erhielten. Aus dem Datensatz wurde eine anonymisierte Stichprobe von einem Prozent aller westdeutschen und fünf Prozent aller ostdeutschen Versicherungskonten gezogen, die Daten zu 836 000 Personen enthält.<sup>9</sup>

Für die Beobachtung von Beschäftigungsverhältnissen und Unternehmensstrukturen wurden Daten des *IAB-Betriebspanels* ausgewertet, einer repräsentativen Arbeitgeberbefragung zu betrieblichen Bestimmungsgrößen der Beschäftigung<sup>10</sup>.

---

6 Zum Mikrozensus vgl. zuletzt Statistisches Bundesamt 2005 sowie die Fachserie 1, Reihe 4.1.1. (vgl. z.B. Statistisches Bundesamt 2003b). Das Referat IX B 2 des Statistischen Bundesamts stellte zusätzlich unveröffentlichte lange Reihen zur Erwerbsbeteiligung zur Verfügung (vgl. Kap. II.1 und den Tab. II.1A-1 bis II.1A-4 im Tabellenanhang), wofür die Autorinnen und Autoren sich herzlich bedanken. Für Hinweise auf den Mikrozensus als Datenquelle siehe insbesondere auch Kap. III.3 und III.5.

7 Die Autorinnen und Autoren danken Herrn Breiholz von der Gruppe IX B (Mikrozensus) und Herrn Wende von der Gruppe I B (Forschungsdatenzentrum) dafür, unter den ersten „Fernrechnern“ im Mikrozensus sein zu dürfen.

8 Für eine Datensatzbeschreibung siehe Bundesanstalt für Arbeit 2003b sowie Alda u.a. 2004, zur IAB-Beschäftigtenstichprobe, die auf der gleichen Datengrundlage beruht, auch Bender/Haas 2002. Einen Überblick über neuere integrierte Längsschnittdatensätze, die über das Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) verfügbar sind, gibt Kohlmann 2004. Weitere Erläuterungen zum BLH-Datensatz finden sich in Kap. III.1 und Kap. III.2.

9 Für die Stichprobenziehung danken die Autorinnen und Autoren dem Team Datenmanagement des Arbeitsbereichs IV/9 im IAB.

10 Einen Überblick über das IAB-Betriebspanel und die Auswertungsmöglichkeiten vermitteln Bellmann u.a. 2002 sowie die Website <http://betriebspanel.iab.de/>. Kap. III.4 gibt weitere Hinweise auf die Nutzung dieses Datensatzes.

Die Befragung wird seit 1993 (in Ostdeutschland seit 1996) jährlich bei den gleichen Betrieben (derzeit rund 16 000) durchgeführt.

Zusammenhänge zwischen Qualifikation und Erwerbstätigkeit wurden anhand der vier *BIBB/IAB-Erhebungen* untersucht. Diese Repräsentativerhebungen, die 1978/79, 1985/86, 1991/92 und 1998/99 gemeinsam vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) durchgeführt wurden<sup>11</sup>, erfassen den Wandel der Berufs- und Tätigkeitsstruktur, des Arbeitsmitteleinsatzes sowie Entstehung und Nutzung beruflicher Qualifikation im Erwerbsverlauf.

Bei der *Bildungsgesamtrechnung* (BGR) des IAB<sup>12</sup>, die für Kap. III.10 genutzt wurde, handelt es sich nicht um einen Individualdatensatz. Vielmehr wird dort auf der Metadatenebene dargestellt, wie sich die Bevölkerung nach Geburtsjahrgängen auf Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen verteilt und zu welchen Übergängen (Zu- und Abgängen) es zwischen diesen Institutionen kommt. Auf dieser Grundlage wird das Qualifikationsniveau (der höchste Ausbildungsabschluss) der Bevölkerung nach Erwerbsstatus ausgewiesen. BGR-Daten sind derzeit von 1975 bis zum Berichtsjahr 2000 verfügbar.

Das *Niedrigeinkommenspanel* (NIEP), das im Auftrag der Bundesregierung vom Frühjahr 1998 bis Ende 2002 von Infratest Sozialforschung durchgeführt wurde, erhob in sechs Befragungswellen Daten zur Einkommens-, Erwerbs- und Lebenssituation von Haushalten im unteren Einkommensbereich (d.h. im untersten Quintil der Einkommensverteilung).<sup>13</sup> Befragt wurden in der ersten Welle etwa 1.900, in der sechsten Welle noch etwa 1.200 deutschsprachiger Haushalte. Auswertungen aus dem NIEP sind in Kap. II.1 dargestellt; die Fragen zu Ausgrenzungserfahrungen wurden eigens in die sechste Welle des NIEP aufgenommen.<sup>14</sup>

Für die Beobachtung sozialer Netzwerke in Kap. III.8 wurden Daten aus der dritten Welle des *Familiensurvey* 2000 des Deutschen Jugendinstituts (DJI) ausgewertet<sup>15</sup>. Die Erhebung des Jahres 2000 umfasst eine Panelwelle mit etwa 2.000 nunmehr 30- bis 67-jährigen Deutschen, einen replikativen Survey von etwa 8.000 Deutschen und deutschsprachigen Ausländern im Alter von 18 bis 55 Jahren (davon 1.800 Ostdeutsche) und eine Befragung von 300 Jugendlichen im Alter von 16 und 17 Jahren aus den Haushalten der erwachsenen Surveyteilnehmer.

---

11 Für eine Übersicht über die BIBB/IAB-Erhebungen und ihre Nutzungsmöglichkeiten siehe Dostal/Jansen 2002 und Parmentier/Dostal 2002; vgl. auch Kap. III.10. (Der Datensatz 1998/99 ist im Zentralarchiv für empirische Sozialforschung Köln unter der Studiennummer 3379 zugänglich, die Erhebung 1991/92 unter der Studiennummer 2565, die Erhebung 1985/86 unter der Studiennummer 1790.)

12 Reinberg/Hummel 2002 und 1999 beschreiben Konzeption und Struktur der Bildungsgesamtrechnung; vgl. auch Kap. III.10. Zum aktuellen Projektstand vgl. Reinberg 2004.

13 Kortmann u.a. (2002) stellen methodische Grundlagen des Datensatzes und zentrale Ergebnisse zusammenfassend dar, vgl. auch Infratest 2002.

14 Die Autorinnen und Autoren danken Herrn Kortmann und Herrn Sopp von Infratest sehr herzlich für die Berücksichtigung dieser Fragestellung.

15 Für Informationen zum Familiensurvey siehe Marbach 2003 und Bien/Rathgeber 2000 sowie die Website <http://cgi.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=41>; zur dritten Welle (2000) auch Infratest 2000 sowie Kap. III.8. Herzlichen Dank an das DJI für die frühzeitige Überlassung des Datensatzes der dritten Welle (vgl. auch: Zentralarchiv für empirische Sozialforschung Köln, Studiennummer 3920).

Zum ehrenamtlichen Engagement sowie zu Hilfeleistungen in sozialen Netzen wurde die zweite Welle des *Freiwilligensurvey* (1999) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) ausgewertet.<sup>16</sup> Der Datensatz umfasst etwa 14 900 Interviews, die personen- oder tätigkeitsbezogen ausgewertet werden können.

Zur langfristigen Entwicklung der Mitgliedschaft in Vereinen und Verbänden greift Kap. III.9 auf Auswertungen des *Wohlfahrtssurveys*, des *Allbus* und der *Deutschen Wahlstudien 1949-1998* zurück. Der Wohlfahrtssurvey wird seit 1978 in mehrjährigem Turnus für das Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) durchgeführt.<sup>17</sup> Die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) wird seit 1980 in zweijährlichem Abstand veranstaltet.<sup>18</sup> Die Deutschen Wahlstudien 1949-1998<sup>19</sup> machen die (sehr heterogenen) Repräsentativumfragen zu allen Bundestagswahlen im genannten Zeitraum für Sekundäranalysen verfügbar. Für Kap. III.9 wurden die Studien der Jahre 1953 (etwa 3.200 Befragte) und 1969 (etwa 1.900 Befragte) ausgewertet.<sup>20</sup>

## 5. Von Daten zu Indikatoren sozioökonomischer Entwicklung

Wie jeder Berichtsansatz, so muss auch der sozioökonomische seine Beobachtungen zu Indikatoren verdichten. Daher ist, wie sich in Kap. I.1 die wichtigsten Befunde des Berichts zusammengefasst finden, hier sein methodischer Ertrag für die Bildung von Indikatoren zu resümieren.

### 5.1. Qualitätskriterien für Indikatoren

Die Europäische Union hat für ihre Indikatorensätze im Rahmen der „Lissabon-Strategie“ (vgl. Kap. I.2) eine Reihe von Qualitätskriterien formuliert, die allgemeinere Bedeutung beanspruchen können (Atkinson u.a. 2002: 21 ff.; vgl. Rat der Europäischen Union 2001a; Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2005). Danach sollen einzelne Indikatoren

- den Kern eines Problems erfassen und eine klare und akzeptierte normative Interpretation ermöglichen,
- solide und statistisch validiert sein,
- auf politische Interventionen reagieren, aber nicht manipulierbar sein,

<sup>16</sup> Der Datensatz (vgl. auch: Zentralarchiv für empirische Sozialforschung Köln, Studiennummer 3350) und die wichtigsten Ergebnisse sind in Rosenblatt 2000b, Braun/Klages 2000 und Picot 2000 dargestellt; vgl. auch Kap. III.8 und III.9.

<sup>17</sup> Ein kumulierter Datensatz des Wohlfahrtssurveys 1978 bis 1993 ist am Zentralarchiv für empirische Sozialforschung Köln unter der Studiennummer 2933 verfügbar; vgl. auch Schöb 2001.

<sup>18</sup> Ein kumulierter Datensatz des ALLBUS 1980 bis 2000 ist am Zentralarchiv für empirische Sozialforschung Köln unter der Studiennummer 3713 verfügbar; vgl. auch Terwey 2000.

<sup>19</sup> Vgl. Mochmann/Zenk-Möltgen 2000.

<sup>20</sup> Die Bundeswahlstudie des Jahres 1953 ist am Zentralarchiv für empirische Sozialforschung Köln unter der Studiennummer 3713 verfügbar, die des Jahres 1969 unter der Studiennummer 0525.

- in hinreichend vergleichbarer Weise in allen Mitgliedsstaaten messbar sein, und nach Möglichkeit auch mit den auf internationaler Ebene von UNO und OECD angewandten Normen vergleichbar sein,
- zeitnah messbar sein und überarbeitet werden können,
- keinen übermäßigen Erhebungsaufwand für Mitgliedsstaaten, Unternehmen oder Bürger der Union mit sich bringen.

Für Indikatorenpakete stellen sich darüber hinaus drei weitere Anforderungen:

- Das Gesamtpaket sollte verschiedene Dimensionen ausgewogen berücksichtigen.
- Die Indikatoren sollten untereinander konsistent sein und ihnen sollte im Gesamtpaket ein etwa vergleichbares Gewicht zukommen.
- Das Gesamtpaket sollte für die Bürger der Europäischen Union so transparent und zugänglich wie möglich sein.

Es liegt auf der Hand, dass die Bildung von Indikatoren für die sozioökonomische Berichterstattung, soll sie ähnlichen konzeptionellen und empirisch-statistischen Anforderungen genügen, nur in einem längeren Verständigungsprozess möglich ist. Dabei aber kann die Berichterstattung aufgrund ihrer Zielsetzung durchaus zu anderen Lösungen kommen als die Gremien der EU.

## 5.2. Konzeptionelle Probleme

Bestimmten Daten Indikatorqualität zuzusprechen, ist vor allem Ergebnis eines Auswahlprozesses. „Soziale Indikatoren beziehen sich auf Bereiche gesellschaftspolitischer Bedeutsamkeit, und sie können dazu dienen, unsere Neugierde zu befriedigen, unser Verständnis zu verbessern oder unser Handeln anzuleiten. Sie können die Form einfacher statistischer Reihen haben, oder sie können synthetische statistische Reihen sein, die durch die mehr oder weniger komplizierte Verarbeitung einfacher Reihen gewonnen werden. (...) Soziale Indikatoren sind eine Teilmenge der Daten und Konstrukte, die aktuell oder potenziell verfügbar sind; sie unterscheiden sich deshalb von anderen Statistiken nur durch ihre Relevanz und Brauchbarkeit für einen der oben genannten Zwecke.“ (Stone 1973: 66.)

Bei der Auswahl von Indikatoren ist ein doppeltes Bewertungsproblem zu lösen:

- Über die Bedeutung des Problems, für das ein Indikator vorgeschlagen wird, muss Konsens hergestellt werden.
- Die Werte, die ein Indikator annimmt, müssen als Aussagen über die Entwicklung eines Problems bewertet werden. Dies setzt eine Verständigung über gesellschaftliche Ziele voraus.<sup>21</sup>

Die Europäische Union bedient sich im Rahmen der „Lissabon-Strategie“ und der „Offenen Methode der Koordinierung“ (Schulte 2002) eines ganzen Systems von

---

<sup>21</sup> Sozialberichterstattung „...misst den sozialstrukturellen Wandel in zentralen Lebensbereichen und bewertet ihn anhand von Zielen“ (Zapf 1999: 23).

Indikatoren, welche die ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung abbilden sollen. Im Mittelpunkt stehen die Strukturindikatoren (Eurostat 2004; vgl. Jörger 2003), die nach fünf Themenbereichen gegliedert sind: Allgemeiner wirtschaftlicher Hintergrund, Beschäftigung, Innovation und Forschung, Wirtschaftsreform, Sozialer Zusammenhalt, Umwelt.<sup>22</sup> Ähnlich grundlegende Bedeutung könnte in Zukunft der EU-Indikatorensetz für nachhaltige Entwicklung erlangen, der nach einem vorläufigen Vorschlag (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2005) zehn Themenbereiche umfassen soll: Wirtschaftliche Entwicklung, Armut und soziale Ausgrenzung, Alternde Gesellschaft, Gesundheit (Public Health), Klimaveränderung und Energie, Produktions- und Konsummuster, Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, Verkehr, Gutes Regieren (Good Governance), Globale Partnerschaft. Hierum gruppiert sich eine Reihe spezieller Indikatorenssysteme: etwa Indikatoren der Europäischen Beschäftigungsstrategie (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2004), die „Laeken-Indikatoren“ zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung (Rat der Europäischen Union 2001a), Indikatoren zur Qualität der Arbeit (Rat der Europäischen Union 2001d) und zum Aktionsplan eEurope (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2002a).

Aus drei Gründen kann eine wissenschaftsgestützte Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung nicht einfach als bloße Ergänzung und Erweiterung der EU-Indikatorenssysteme angelegt werden.

- Die Abgrenzung der Themenbereiche in den Strukturindikatoren und Nachhaltigkeitsindikatoren orientiert sich an politischen Prioritäten und Zuständigkeiten der EU. Dagegen muss die sozioökonomische Berichterstattung theoretisch und empirisch begründen, welche Dimensionen zur Beschreibung des Produktions- und Sozialmodells einer Gesellschaft (vgl. Kap. I.2) erforderlich sind und wie sie gegeneinander abzugrenzen sind.<sup>23</sup>
- Die EU-Indikatoren sind für Ländervergleiche konzipiert, nicht für die Beobachtung sozialer und regionaler Ungleichheit in einzelnen Ländern. Dagegen will der hier vorgestellte Berichtsansatz mit dem Verständnis einzelstaatlicher Entwicklungsmodelle beginnen und erst auf dieser Grundlage zu Ländervergleichen übergehen.
- Die Indikatorenpakete der EU sollen einem europäischen und internationalen Benchmarking, d.h. einem Monitoring unterschiedlicher Zielerreichung dienen. Sie beruhen daher auf politisch festgesetzten Zielen. Ein wissenschaftliches Berichtssystem kann aber solche Zielentscheidungen nicht aus sich heraus treffen. Es zielt – um die Unterscheidung von Stone (s.o.) aufzugreifen – zunächst auf das bessere Verständnis von Entwicklungszusammenhängen und nicht auf po-

22 Die Liste der einzelnen Indikatoren unterliegt jährlichen Ergänzungen und Veränderungen. Seit 2004 stützen sich die Frühjahrsberichte der Kommission auf einen Auszug von Kernindikatoren, der jeweils für drei Jahre festgelegt wird.

23 Dabei könnte es sinnvoll sein, Indikatoren nicht nur nach Themenbereichen, sondern auch nach Wirkungsrichtung zu unterscheiden: z.B. nach „Antriebs-“, „Zustands-“ und „Maßnahmeindikatoren“ (vgl. Empacher/Wehling 2002) oder nach „Input-“, „Prozess-“ und „Outcomeindikatoren“. Bedeutsam ist ferner die Unterscheidung von „objektiven“ Indikatoren, die soziale Sachverhalte unabhängig von ihrer Beurteilung durch Akteure messen, und „subjektiven“ Indikatoren, die gerade deren Bewertung zum Gegenstand haben. Denkbar sind neben quantitativ-statistischen auch qualitative Indikatoren.

litische Handlungsanleitung. Dabei kann es Entwicklungen, die sich in seinen Indikatoren zeigen, anhand gesellschaftlich legitimer Ziele bewerten, oder ihre Bewertung der weiteren gesellschaftlichen Auseinandersetzung überlassen.<sup>24</sup>

Die Themenfelder des Abschnitts II und die Berichtsgegenstände des Abschnitts III enthalten bereits Vorschläge für Beobachtungskonzepte und Einzelindikatoren, die für die weitere Berichterstattung geeignet sind und die bereits jetzt als Vorschläge zur Ergänzung und Erweiterung bestehender Indikatorensätze der EU-Indikatoren zur Diskussion gestellt werden können. Jedoch kann ein einigermaßen konsistenter und ausgewogener Indikatorensatz zur sozioökonomischen Entwicklung der Bundesrepublik, der dem Verwendungszusammenhang wissenschaftlicher Berichterstattung angemessen wäre, bei dem in diesem Band dokumentierten konzeptionellen Arbeitstand noch nicht vorgeschlagen werden. Und an der Auswahl der hierfür erforderlichen Berichtsgegenstände sowie an der Erörterung der Bewertungsprobleme, die sich bei der Indikatorbildung stellen, sollte in jedem Fall eine breitere Fachöffentlichkeit beteiligt werden (vgl. hierzu 6.)

### 5.3. Empirische und statistische Probleme

Einige der empirischen Anforderungen, die im Kriterienkatalog der EU für die Indikatorbildung genannt werden, gelten für einen wissenschaftlichen Bericht weniger strikt. Natürlich sollen ausgewiesene Ergebnisse wissenschaftlich solide sein, doch müssen sie nicht den Qualitätskriterien der amtlichen Statistik entsprechen. Andere Anforderungen können eher strenger ausfallen: So war der vorliegende Bericht rein sekundäranalytisch, d.h. ohne jeden zusätzlichen Erhebungsaufwand zu erstellen.

Bei der Arbeit an einem neuen Berichtsansatz lassen sich vier mögliche „Entdeckungszusammenhänge“ für Indikatoren unterscheiden.

- Neue Fragestellungen und neue Indikatoren können fast gleichzeitig entstehen. Das gilt im vorliegenden Band z.B. für die Ausbreitung des Internets (vgl. Kap. II.5 und III.12). Diese Entwicklung hinterlässt erst seit Mitte der 90er eine Datenspur. Wegen der raschen Durchsetzung des Internets als Massenmediums seit Mitte der 90er Jahre spielen hier die Aktualität der Daten und genaue Erhebungszeitpunkte eine größere Rolle als bei anderen Gegenständen. Es gibt zu seiner Erfassung keine statistische Routinen, und neue Erhebungen gehen mit neuen Indikatorvorschläge Hand in Hand. Dabei verlagert sich das Interesse vom technischen Zugang zum Internet zur Art der Nutzung des „sozialen Handlungsraums“.

---

24 Niveaus und Veränderungstendenzen eines Indikators können im Zusammenhang mit anderen Indikatoren verschieden bewertet werden. Z.B. kann eine hohe Teilzeitquote in Bezug auf die Beschäftigungsentwicklung positiv, in Verbindung mit Zusatzinformationen zur Erwerbsquote von Frauen, zur gewünschten Arbeitszeit oder zu Alterssicherungsansprüchen eher skeptisch bewertet werden. Die Beurteilung bestimmter ‚nicht-standardisierter‘ Beschäftigungsverhältnisse wie Leiharbeit kann sich ändern, wenn Informationen zu deren erwerbsbiographischem Zusammenhang hinzutreten, usw.

- Statistisch und politisch etablierte Indikatoren messen die gesellschaftliche Realität nicht mehr: Dies gilt z.B. für die Indikatoren, die nach den Verabredungen der EU die „Beschäftigungsleistung“ der Ökonomie messen sollen.<sup>25</sup> Wenn der Anstieg der Erwerbsbeteiligung im Saldo fast gänzlich auf die Zunahme nicht-standardisierter Beschäftigung zurückgeht, wenn Arbeitsplatz nicht mehr gleich Arbeitsplatz ist und sich Erwerbsbeteiligung im Lebensverlauf schärfer ausdifferenziert, reichen die ‚alten‘ Indikatoren (Erwerbsquote, Erwerbstätigenquote, Arbeitslosenquote) als politische Zielgrößen nicht mehr aus, und ihnen sind neue, differenziertere Kennzahlen zur Qualität und zum Verlauf der Erwerbsbeteiligung zur Seite zu stellen. (Vgl. hierzu Kap. II.1.)
- Über neue Beobachtungskonzepte besteht politisch bereits Konsens, sie bleiben aber methodisch noch zu fundieren und statistisch zu operationalisieren. So wird heute die Tatsache allgemein anerkannt, dass Ausländerbestandszahlen nur einen Teil der Zuwanderer erfassen. Neuere Sozialberichte, sozialwissenschaftliche Studien und Statistikparagrafen in neuen Fachgesetzen stellen daher auf Personen mit Migrationshintergrund ab. Doch die amtliche Statistik produziert weiter Ausländerstatistiken.
- Neue Datenzugänge können neue Verhältnisse besser sichtbar machen. So lässt sich etwa die Annahme, dass im Erwerbssystem eine Zone unsicherer Arbeitsmarktintegration entsteht, die nicht mit Langzeitarbeitslosigkeit gleichzusetzen ist, aufgrund der Verfügbarkeit neuer, integrierter Verlaufsdatensätze beim Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung rasch in neue statistische Konzepte umsetzen.

Unabhängig von der Konstellation, in welcher das Bedürfnis nach neuen Indikatoren erwächst, steht gesellschaftliche Dauerbeobachtung in Zeiten gesellschaftlichen Umbruchs in einem Spannungsverhältnis zur Datenbasis. Beobachtungskonzepte sind auf regelmäßige Erhebung angelegt, doch gesellschaftliche Veränderungen entwerfen etablierte Indikatoren und machen neue Beobachtungskonzepte und Indikatoren erforderlich. Für die Datenanforderungen einer Sozialberichterstattung, die den Umbruch des Produktions- und Sozialmodells nicht „datengesteuert“, sondern problemorientiert beobachten will, gilt in der Regel: „Was man nicht weiß, das eben brauchte man, und was man weiß, kann man nicht brauchen.“<sup>26</sup>

Versteht man Indikatorbildung nicht als einmalige Anstrengung, sondern als längerfristigen Arbeitsprozess, so werden stets *benötigte*, *verfügbare* und *Ersatzindikatoren*<sup>27</sup> nebeneinander stehen. Praktische Fragestellungen oder theoretische Überlegungen sollten dazu führen, unabhängig von der aktuellen Datenverfügbarkeit *benötigte* Indikatoren zu beschreiben, die den konzeptionell gemeinten Sachverhalt genau treffen. Als *verfügbar* können solche Indikatoren dann bezeichnet werden, wenn sie ohne Verlust an Aussagekraft bereits mit vorhandenen Datenzu-

25 Im Gemeinsamen Beschäftigungsbericht 2003/2004 (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2004) wird die Beschäftigungsleistung der Mitgliedsstaaten gemessen anhand des durchschnittlichen Beschäftigungswachstums der letzten fünf Jahre, der Erwerbstätigenquote, des Unterschieds zwischen den Beschäftigungsquoten von Männern und Frauen sowie der Erwerbstätigenquote der 50-64-Jährigen.

26 Vgl. Goethe: Faust, Erster Teil, „Vor dem Tor“.

27 Vgl. auch Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2005: 8.

gängen operationalisiert und statistisch dargestellt werden können. *Ersatzindikatoren* dagegen bilden das Benötigte mit empirisch bzw. statistisch verfügbaren, aber unzureichenden Daten nur näherungsweise ab.

#### 5.4. Ansatzpunkte für Indikatorbildung

Ausgewählte Kennzahlen, die in den Abschnitten II und III dieses Bandes dargestellt werden, lassen sich unter methodischen und thematischen Gesichtspunkten zu Datengruppen zusammenfassen, die als Grundlage für Indikatorbildung dienen können.<sup>28</sup> Versteht man die Indikatorbildung als einen Prozess stufenweiser Auswahl und Verdichtung, wären aus diesen Datengruppen für die weitere Berichterstattung besonders aussagekräftige Kennzahlen auszuwählen, die auf der besten zugänglichen Datenbasis regelmäßig aktualisiert werden können. Für ein Indikatorensystem, das die zentralen Dimensionen sozioökonomischer Entwicklung erfasst, ist aber die Themenstruktur der Berichterstattung zu überprüfen und zu ergänzen (vgl. hierzu 6.)

##### *Grunddaten sozioökonomischer Entwicklung*

Dieser Bericht macht eigene Vorschläge für die Beobachtung von Grunddaten sozioökonomischer Entwicklung in sechs Bereichen: Haushaltstypen, Erwerbsstatus, Migrationshintergrund, materielle Teilhabe, soziale Nahbeziehungen, Unternehmensreorganisation.<sup>29</sup> Viele der hier zusammengefassten Merkmale dienen auch in anderen, auf Problemfelder des gesellschaftlichen Umbruchs bezogenen Datengruppen zur Differenzierung des soziodemographischen Status von Personen und Haushalten. Die in zentralen sozialen Mustern beobachteten Differenzen zwischen beiden Landesteilen lassen es unverzichtbar erscheinen, statistische Daten grundsätzlich auch für Ost- und Westdeutschland getrennt auszuweisen.<sup>30</sup>

Eine *Haushaltstypologie* muss vier Dimensionen berücksichtigen:

- die Lebensform (Alleinlebende, Paare mit Kindern/ohne Kinder, Alleinerziehende, Mehrgenerationenhaushalte),
- die Erwerbskonstellation (Zahl der in Teilzeit bzw. vollzeitnah Erwerbstätigen),
- das Alter der erwachsenen Haushaltsmitglieder (Erwerbsalter, Ältere),
- das Alter der Kinder nach für den Betreuungsbedarf aussagekräftigen Altersklassen.

---

28 In der Auswahl wurden vorwiegend Kennzahlen berücksichtigt, die noch nicht allgemein gebräuchlich sind und die sich bereits mit verfügbaren Daten darstellen lassen.

29 In Kap. I.3.1 werden darüber hinaus verschiedene Indikatoren der demographischen Entwicklung eingeführt, etwa das Verhältnis der ‚jungen‘ und ‚alten‘ Bevölkerungsgruppen zur Bevölkerung im Erwerbsalter. Auch diese bevölkerungsstatistisch bereits gebräuchlichen Indikatoren zählen zu den Grunddaten.

30 Darüber hinaus wäre zur Beobachtung der regionalen Segmentierung Ostdeutschlands weiter nach aufsteigenden und stagnierenden Räumen zu differenzieren (vgl. I.3.3).

Die möglichen Merkmalskombinationen sind je nach Berichtsgegenstand verschieden zu einer handhabbaren Typologie zusammenzufassen (vgl. Kap. II.3, Tab. II.3-3 bis II.3-5, sowie Kap. III.7).

Grundlage für weitere Differenzierungen im *Erwerbsstatus* sind Personen mit Arbeitsmarktbindung; der Anteil an der Bevölkerung im Erwerbsalter<sup>31</sup> ergibt die „breite Erwerbsquote“ oder „Erwerbspersonenpotenzialquote“ (siehe Kap. II.1, Tab. II.1-2, sowie Kap. III.2, Tab. III.2-4). Dieses Erwerbspersonenpotenzial umfasst Erwerbstätige und Beschäftigungslose, wobei sich letztere nach ihrer Arbeitsmarktnähe in Erwerbslose, registrierte Arbeitslose, arbeitsmarktnahe und arbeitsmarktferne stille Reserve differenzieren.<sup>32</sup>

Zur *Bevölkerung mit Migrationshintergrund* im engeren Sinn zählen Personen mit wenigstens einem individuellem Migrationsmerkmal (Zuwanderung oder nicht-deutsche Staatsangehörigkeit). Jede der wichtigsten Migrationsgruppen

- Zuwanderer („erste Generation“ nach Zuwanderungsperioden, Alter bei Zuwanderung),
- „zweite Generation“,
- Personen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit,

ist möglichst weiter nach Gruppen von Herkunftsländern zu differenzieren; hierbei werden u.a. die Aussiedler als Migrationsgruppe kenntlich.<sup>33</sup> (Vgl. hierzu Kap. III.5, Tabellen III.5-4 bis III.5-7.) Darüber hinaus können Personen mit Migrationsmerkmalen im Haushalt (Tab. III.5-8) als der Teil der Bevölkerung ausgewiesen werden, der in eine Zuwanderungssituation einbezogen ist.

Bei der Darstellung ungleicher *materieller Teilhabe* ist neben den auch in diesem Bericht verwendeten Armutsrisikoquoten der tatsächliche Versorgungsspielraum von Haushalten nach dem Lebensstandardkonzept zu berücksichtigen. Auf der Grundlage des Sozio-oekonomischen Panels gelten Haushalte als unterversorgt, wenn sie mindestens einen von vier Wohnstandards und einen von acht Konsumstandards aus finanziellen Gründen nicht erreichen. Als Deprivation wird mehrfache Unterversorgung bei mindestens zwei von vier Wohnstandards und mindestens drei von acht Konsumstandards bezeichnet (vgl. Tab. II.7-2 sowie Tab. III.2-15). Ihnen steht das Segment der Haushalte gegenüber, deren notwendiger Lebensstandard materiell nicht eingeschränkt ist.<sup>34</sup>

Welches Maß und welche Formen *sozialer Nahbeziehungen* einer aktuellen gesellschaftlichen Mindestnorm entsprechen, kann anhand einfacher Kennzahlen dargestellt werden. So unterscheidet Kap. III.7 Haushalte danach, ob sie familiäre Nahbeziehungen außerhalb des Haushalts, aber in dessen räumlicher Nähe unterhalten oder nicht (vgl. Tab. III.7-1). Kap. III.8 spricht von Personen in relativer Isolation, wenn auf sie zwei von drei Bedingungen zutreffen: allein zu leben, keine

31 Verwendet wird die Altersabgrenzung von 15 bis unter 65 Jahren, da sie dem geltenden Arbeits- und Sozialrecht entspricht.

32 Zu vergleichbaren Konzepten in der Arbeitsmarktbilanz des IAB vgl. Kap. III.2, Tab. III.2-1 sowie Kap. III.10.

33 Diese objektiven Migrationsmerkmale bilden die Grundlage für weitere Kennzahlen subjektiver Teilhabe wie deutsche und muttersprachliche Sprachkompetenz, Bleibeabsicht, überwiegende Identifizierung mit Deutschland oder dem Herkunftsland (Tab. III.5-10).

34 Für einen subjektiven Indikator eingeschränkter materieller Teilhabe vgl. Kap. II.1, Tab. II.1-9.

enge Beziehung zu Verwandten und keine regelmäßigen geselligen Kontakte zu unterhalten (vgl. Tab. III.8-4).

Kap. II.2 und Kap. III.4 schlagen verschiedene Kennzahlen für Unternehmen vor, die nach Elementen eines neuen Produktionsmodells reorganisiert werden: Dezentralisierung und Vermarktlichung, Informatisierung und Vernetzung, indirekte Steuerung und Selbstorganisation von Arbeit. Solche *Organisationsmerkmale von Unternehmen* könnten in einem weiteren Schritt auch mit Daten von Beschäftigten verknüpft werden.

#### *Indikatoren zu zentralen Feldern des sozioökonomischen Umbruchs*

Für die Bündelung und Gruppierung vorgeschlagener Kennzahlen werden im Folgenden die zentralen Problemfelder aufgegriffen, an denen sich die Zusammenfassung wichtiger Befunde dieses Berichts in Kap. I.1 ausrichtet.

Einen Schwerpunkt dieses Berichts bilden Kennzahlen, mit denen sich Veränderungen in der *Funktionsweise des Arbeitsmarkts und der Arbeitsgesellschaft* besser beobachten lassen (vgl. Kap. I.2: 2.1 und 2.3). Sie sollen eingeführte Indikatoren wie die Erwerbsquote, Erwerbstätigenquote und Arbeitslosenquote ergänzen, deren Aussagekraft nachlässt.<sup>35</sup>

Hierzu zählen zum einen Bestands- bzw. Zustandskennzahlen, die Distanz zum Sicherheitsstandard des Normalarbeitsverhältnisses ausdrücken, etwa:

- Anteile nicht standardisierter Beschäftigung an den Erwerbstätigen insgesamt (Tab. III.1-1, Tab II.1-2) sowie auf Betriebsebene (vgl. Kap. II.2),
- unterbeschäftigte Erwerbstätige (Beschäftigte, die arbeitslos gemeldet sind, unfreiwillige Teilzeit leisten oder deren Arbeitsverhältnisse befristet sind (vgl. Kap. II.1, Tab. II.1-4 sowie Kap. III.2, Tab. III.2-4),
- Beschäftigte in Betrieben mit und ohne Betriebsrat bzw. Tarifbindung (vgl. Anhang zu Kap. III.1, Tab. III.1A-4),
- Subjektive Bewertung der Arbeitsplatzsicherheit (Tab. II.1-5).

Eine zweite Gruppe bilden Kennzahlen der Arbeitsmarktdynamik (Bewegungs- oder Verlaufsdaten):

- Maße der individuellen Flexibilität erfassen für kürzere Beobachtungszeiträume die Dauer der Betriebszugehörigkeit oder die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses; Maße der individuellen Arbeitsmarktzugehörigkeit erfassen die Dauer der Arbeitsmarktintegration, die Anzahl von Beschäftigungsverhältnissen, den Wechsel der Arbeitszeit sowie Wechsel zwischen Beschäftigung und Beschäftigungslosigkeit. Vorschläge für solche Kennzahlen finden sich in Kap. II (vgl. insbesondere Tab. II.1.3 und Tab. II.1.6) sowie in Kap. III.1 (vgl. Tab. III.1-3).

---

<sup>35</sup> Viele dieser Kennzahlen haben einen direkten Bezug zu den Zielen der „Lissabon“-Strategie der Europäischen Union (vgl. Kap. I.2). In ihr bildet die Beschäftigungsquote eine zentrale Zieldimension: Diese soll in der EU bis 2010 70% erreichen; Frauen sollen eine Beschäftigungsquote von 60%, für ältere Männer und Frauen von 55 bis unter 65 Jahren eine Beschäftigungsquote von 50% erreichen (vgl. Jörgen 2003).

- Kap. III.3 schlägt eine ganze Reihe von Kennzahlen zu längeren Abschnitten des Erwerbsverlaufs vor: z.B. die Zeitanteile, die in Erwerbsarbeit, beruflicher Ausbildung, Haushalt und anderen Aktivitätsformen verbracht werden (vgl. z.B. Tab. III.3A-6 im Anhang zu durchgängiger Vollzeitbeschäftigung in der Haupterwerbsphase).
- Als Kennzahlen zu Übergängen zwischen verschiedenen Erwerbsstatus seien beispielhaft genannt: Übernahmequoten befristet Beschäftigter (vgl. Tab. III.1-2), Wechsel von Nichterwerbstätigkeit in Beschäftigung (vgl. Tab. II.1-6, III.2-6), Dauerhaftigkeit des Übergangs aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung (vgl. Tab. III.2-14)
- Arbeitslosigkeit ist in Verlaufsperspektive nach Sucharbeitslosigkeit (eine Periode bis zu 6 Monaten), verschiedenen Untertypen von Mehrfacharbeitslosigkeit (mehr oder weniger als 50% der beobachteten Zeit, nach Brutto- und Nettokonzept) und Langzeitarbeitslosigkeit mit ununterbrochenen Episoden von 12 Monaten und mehr zu unterscheiden (vgl. Kap. II.1, Tab. II.1-7 sowie Kap. III.2, Tab. III.2-10, III.2-11).

Handelt es sich hierbei noch um einfache quantitativ-statistische Maßzahlen für Verläufe und für Übergänge in einem Beobachtungszeitraum, einem Lebensabschnitt oder in einer Erwerbssequenz, werden für die weitere Berichterstattung komplexere Typisierungen von Verlaufsmustern zu erarbeiten sein. Auf Haushaltsebene werden Indikatoren für die Arbeitsmarktnähe des Haushalts und für Art und Kombination von Lohnersatzleistungen als Teil des Haushaltseinkommens benötigt (vgl. hierzu z.B. Tab. III.7-3).

Kap. III.1 erörtert darüber hinaus eine Reihe betrieblicher Fluktuationsmaße: Betriebliche Fluktuationsmaße: Zu Churning-Raten vgl. Tab. III.1-4, zu Wachstumsraten von Hochlohn- und Niedriglohnarbeitsplätzen Abb. III.1-4, zu Qualifikationseffekten organisatorischer Änderungen in Unternehmen Abb. III.1-5.

Als Indikatoren der Arbeitsmarktpolitik werden in Kap. III.2 Mismatchquoten der Nichtübereinstimmung von Stellenangebot und Arbeitsangebot (vgl. Tab. III.2-1), Leistungen der Arbeitsförderung und Kosten der Arbeitslosigkeit (vgl. Tab. III.2-2, Anteile gemeldeter Arbeitsloser an Beschäftigungslosen gleicher Arbeitsmarktnähe (Einschaltungsgrad, vgl. Tab. III.2-5) sowie die Quote der Personen, die als Leistungsbezieher oder Maßnahmeteilnehmer Adressaten der Arbeitsmarktpolitik sind („breite Arbeitslosigkeit“), zur Diskussion gestellt.

Die Beobachtung des Geschlechterverhältnisses setzt in diesem Bericht an der *geschlechtsspezifischen Verteilung von Arbeit* an (vgl. Kap. I.2: 2.2). Fortschritte bzw. Rückschritte bei der Verteilung von Erwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen lassen sich durch einfache Kennzahlen wie die Frauenerwerbsquote nicht messen. Ausgangspunkt der Analyse müssen vielmehr das Erwerbspotenzial und das Zeitbudget des Haushalts sein. In Kap. II.3 werden die Erwerbskonstellationen („Verdienermodelle“) von Paarhaushalten (ohne Kinder bzw. mit Kindern unter 16 Jahren) wie folgt unterschieden (vgl. Tab. II.3-2):

- beide Partner sind vollzeitnah erwerbstätig („Zwei-Verdiener-Modell“),
- beide Partner sind erwerbstätig, aber höchstens eine(r) vollzeitnah („Andert-halb-Verdiener-Modell“),

- nur ein Partner ist erwerbstätig („Ein-Verdiener-Modell“),
- beide Partner sind nichterwerbstätig.

Weitere Kennzahlen zu Verdienermodellen und ihren Folgen für die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern sind Erwerbsquoten verheirateter Frauen (vgl. Tab. II.1-1), die Differenzen zwischen den Anteilen von Männern und Frauen am Arbeitsvolumen und an Arbeitsstellen (vgl. Kap. II.1, Tab. II.1A-8), der Erwerbsumfang des Partners oder der Partnerin bei überlangen Wochenarbeitszeiten von über 48 Wochenstunden (vgl. Tab. III.6-7), die Anteile erwerbsgebundener Zeiten bei Partnern in Erwerbstätigenhaushalten mit Kindern und ohne Kinder sowie der Grad der Abweichung von partnerschaftlicher Gleichverteilung der Haus- und Sorgearbeit bei Paarhaushalten (vgl. Tab. III.7-4).

Der Umbruch im *Verhältnis von Erwerbsarbeit und persönlicher Lebensführung* (vgl. Kap. I.2: 2.4) zeigt sich zunächst in Indikatoren für Zeitsouveränität und Zeitwohlstand:

- Maße für die Entwicklung der individuellen Zeitverwendung sind etwa der Anteil arbeitsgebundener Zeit und der tägliche Zeitaufwand für andere Tätigkeiten in Stunden (vgl. Tab. III.6-5).
- Im Haushaltskontext ist der Zeitaufwand von Männern und Frauen für verschiedene Tätigkeiten nach Haushalts- und Erwerbskonstellationen zu betrachten (vgl. Abb. III.6-3, Tab. III.6-8).

Eine zweite Gruppe von Kennzahlen in Kap. III.6 misst Ungleichheit bei den Arbeitszeit jeweils nach Region, Geschlecht und Qualifikationsniveau. Beispiele für solche Kennzahlen sind:

- Beschäftigte nach den Arbeitszeitgruppen „normgeprägt“, vollzeitnah, „große“ und „kleine“ Teilzeit (vgl. Tab. III.6-1, III.6-2),
- Arbeitszeitdifferenzen bei der tatsächlichen Wochenarbeitszeit (vgl. Tab. II.2-4 und III.6-3),
- Differenzen zwischen tatsächlicher und gewünschter Arbeitszeit (vgl. Tab. III.6-9).

Um Veränderungen im Verhältnis von arbeitsgebundenen Zeiten, Reproduktionszeiten, und freier Zeit zu erfassen, werden in Kap. III.6 die Differenz zwischen vertraglich vereinbarter und tatsächlicher Arbeitszeit (vgl. Tab. III.6-4) und die Verbreitung flexibler Arbeitszeitmodelle (vgl. Abb. II.2-4) als Messzahlen erörtert.

Als Antriebsindikatoren für Entgrenzung und Informalisierung der Arbeitszeit können z.B. die Verbreitung von Formen der Telearbeit (vgl. Abb. II.5-9) und die private Internetnutzung zu beruflichen Zwecken (vgl. Abb. II.5-10 und Abb. III.4-11) interpretiert werden.

Zur Messung *ungleicher Verteilung von Bildung und Wissen* (vgl. Kap. I.2: 2.5) werden in Kap. II.4 fünf Gruppen von Daten systematisch begründet<sup>36</sup>:

---

36 Als Benchmarking-Vorgabe für eine zunehmend „wissensbasierte“ Ökonomie dienen der EU folgende quantitative Indikatoren und Bezugswerte: Bis 2010 soll der Anteil der 15-Jährigen mit schwacher Lesekompetenz gegenüber 2000 um 20% reduziert werden, der Anteil der Jugendlichen, die das Schulsystem frühzeitig verlassen, soll auf 10% sinken. Mindestens 85% der 22-Jährigen sollten die Sekundarstufe II abgeschlossen haben, mindestens 12,5% der Altersgruppe von

Um die Segmentation des Bildungssystems zu beobachten, sind Teilnahmequoten am schulischen (vgl. Abb. II.4-1) und berufsbildenden System, Abgänge aus allgemeinbildenden Schulen nach Abschlussart (vgl. z.B. Tab. II.4-2), Übergänge etwa aus der Grundschule ins Gymnasium und aus allgemeinbildenden Schulen in verschiedene Berufsbildungsgänge, durchschnittliche Abschlussniveaus nach Altersjahrgängen sowie Kennzahlen zur Bildungsbeteiligung nach sozialstruktureller Herkunft (z.B. beruflicher Herkunft des Vaters: Abb. II.4-2; Auszubildende nach schulischer Vorbildung: Tab. II.4-4; Studienanfänger mit abgeschlossener beruflicher Ausbildung: Tab. II.4-5), möglichst differenziert nach Geschlecht, Migrationshintergrund und anderen soziodemographischen Merkmalen zu betrachten.

Ein Beispiel für Indikatoren zum Verhältnis von Bildung und Lebensweise ist der Anteil von Frauen ohne Kinder nach Qualifikationsniveaus (vgl. Tab. II.4-6).

Als Maßzahlen zum Zusammenhang zwischen Bildung und Arbeitsmarkt betrachtet Kap. II.4 Bildungsprämien (bildungsbedingte Entgeltungleichheit, vgl. Abb. II.4-3). In Kap. III.10 werden qualifikationsspezifische Erwerbs- und Arbeitslosenquoten (vgl. Tab. III.10-2 bis III.10-7, Abb. III.10-3 bis III.10-5) sowie Zugänge in und Abgänge aus Arbeitslosigkeit nach Qualifikation (vgl. Tab. III.10-9, Abb. III.10-8) erörtert. Ferner werden dort durch Vergleich des Ausbildungsniveaus und der erreichten Stellung im Beruf ‚Aufsteiger‘ und ‚Absteiger‘ identifiziert (vgl. Tab. III.10-10), und es wird die Bedeutung formell und informell erworbenen Wissens verglichen (vgl. Tab. III.10-11 und III.10-12 sowie Abb. III.10-10).

Ungleichheit bei Weiterbildung bzw. lebenslangem Lernen wird in Kap. III.11 anhand von Quoten der Teilnahme bzw. Nichtteilnahme an formeller und informeller beruflicher Weiterbildung (vgl. Tab. III.11-3, Tab. III.11-6 und Tab. III.11-9) ausgewiesen. Darüber hinaus werden der Zeitaufwand für Weiterbildung in Stunden und subjektive Einschätzungen von Nutzen und Hemmnissen betrachtet.

In Kap. II.5 und Kap. III.12 werden Messzahlen für „digitale Spaltung“ vorgeschlagen, die nicht lediglich den technischen Zugang zum Internet oder Nutzerquoten (vgl. Tab. III.12-1)<sup>37</sup>, sondern auch die Art der Nutzung differenziert erfassen (vgl. Abb. II.5-2, III.12-2, III.12-3, III.12-9, III.12-10): etwa die Häufigkeit der Nutzung (z.B. täglich oder wöchentlich) und Doppelnutzung (beruflich und privat). Die Analyse von Determinanten ungleicher Internetnutzung unterstreicht die Notwendigkeit, Nutzungskennzahlen nach Schul- und Berufsbildung sowie nach Einkommen differenziert auszuweisen.

Bei der Beobachtung von Entwicklungen im *Verhältnis von informellen Leistungen und formeller Dienstleistungsökonomie* (vgl. Kap. I.1: 2.6) lassen sich unterscheiden:

- Kennzahlen zum Verbreitungsgrad (Quoten) und zur Häufigkeit bestimmter hauswirtschaftlicher Produktionstätigkeiten (vgl. Abb. III.7-2 und III.7-3) sowie informeller Dienstleistungen, etwa tägliche Kinderbetreuungs- und Sorge-

---

25 bis 64 Jahren am lebenslangen Lernen teilnehmen. (Vgl. Leney 2004; Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001.)

37 Bei vielen der Zielmarken im Ende 2003 verabschiedeten Aktionsprogramm der Bundesregierung „Informationsgesellschaft 2006“ handelt es sich noch um solche einfachen Zugangs- und Nutzerquoten: So soll der Anteil der Internetnutzerinnen und -nutzer an der Bevölkerung ab 14 Jahren bis 2005 auf 75 % steigen (BMWA/BMBF 2003).

arbeit (vgl. Tab. III.7-4) für Personen ab 16 Jahren; dabei ist nach Haushaltstyp (Lebensform, Erwerbskonstellation) und Haushaltsnettoeinkommen zu differenzieren (vgl. Tab. II.3-8a, II.3-8b);

- Kennzahlen zu Unterstützungspotenzialen persönlicher Nahbeziehungen: z.B. mehrfach unterversorgte Haushalte ohne das Unterstützungspotenzial eines verwandtschaftlichen Netzwerks am Ort (vgl. Tab. III.7-3) oder Personen ohne mögliche Helfer außerhalb des Haushalts (vgl. Abb. III.8-3 bis III.8-4);
- Kennzahlen zu Kinderbetreuungs- und Pflegearrangements, die über die Kombination von informellen Leistungen und professionellen (marktförmig oder sozialstaatlich vermittelten) Dienstleistungen Auskunft geben (vgl. Tab. III.5-7; Abb. III.7-6 sowie Tab. III.7-8 bis III.7-10).

Die Beobachtung des Grads an *gesellschaftlicher Partizipation* (vgl. Kap. I.1: 2.7), den verschiedene sozioökonomische Gruppen erreichen, und des Beitrags verschiedener Engagementformen hierzu ist mit der derzeitigen Dateninfrastruktur nur sehr lückenhaft möglich.

Eine Form des Zugangs bilden Engagementquoten, d.h. Anteile der Personen ab 16 Jahre, die sich (regelmäßig bzw. gelegentlich) ehrenamtlich (in Vereinen, Parteien, Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen) engagieren. Kap. III.9 bildet solche Quoten für politisches Engagement (vgl. Abb. III.9-6 und III.9-7) sowie für ehrenamtliche Betätigung (vgl. Abb. III.9-9 bis Abb. III.9-11), auch nach Engagementbereichen (Tab. III.9-9) und soziodemographischen Merkmalen (vgl. Tab. III.9-6, Tab. III.9-7 und Tab. III.9-8)

Neben den üblichen Mitgliederquoten (Organisationsgrad in Vereinen und Verbänden, Parteien und Gewerkschaften, vgl. Abb. III.9-1, Abb. III.9-4, Abb. III.9-8) werden in Kap. III.9 Repräsentationsgrade dargestellt: d.h. Differenzen zwischen Anteilen soziodemographischer Gruppen an der Mitgliedschaft und an der Bevölkerung bzw. Erwerbsbevölkerung (vgl. Tab. III.9-2 und Tab. III.9-4). Der Repräsentationsgrad der Parlamente kann als Anteil der Wohnbevölkerung, die durch Stimmabgabe im Deutschen Bundestag vertreten ist (Anhang zu Kap. II.1, Tab. II.1A-13), gemessen werden.

## 6. Ausblick auf ein längerfristiges Arbeitsprogramm

Ein längerfristiges Arbeitsprogramm für Sozialberichterstattung umfasst nicht nur Forschungsaufgaben im engeren Sinn. So weit die Qualität des hier vorgestellten sozioökonomischen Berichtsansatzes von der theoriegeleiteten Gewinnung und Aufbereitung geeigneter Daten, ihrer Verdichtung zu Indikatoren und ihrer Interpretation abhängt, müssen diese Aufgaben den mit der Erarbeitung betrauten Wissenschaftlern überlassen bleiben. Der Nutzen von Sozialberichterstattung hängt aber mindestens ebenso sehr vom Entdeckungs- und Verwertungszusammenhang ihrer Beobachtungen ab, also von der Festlegung der ‚richtigen‘ Berichtsgegenstände, von der Verständigung über die normativen Gehalte der verwendeten Berichtskonzepte sowie vom Dialog über die Bewertung und praktische Nutzung der gewonnenen Informationen.

Die sozioökonomische Berichterstattung hat mit dem vorliegenden Band noch nicht ihre endgültige Form gefunden. Die Beobachtung des Produktions- und Sozialmodells ist thematisch und konzeptionell besser zu integrieren; dabei sind bestehende Themenschwerpunkte zu überprüfen und mögliche thematische Erweiterungen zu bedenken. Die Bildung geeigneter Indikatoren, ihre Bewertung und ihre Gewichtung in einer ausgewogenen Gesamtdarstellung von Arbeit und Lebensweise hat erst begonnen. Wo dies konzeptionell möglich ist, sollte die Berichterstattung sich direkter auf bestehende Indikatorensysteme, vor allem auf der europäischen Ebene, beziehen und dabei Möglichkeiten zu ihrer Ergänzung aufzeigen. Wenigstens für einzelne, zentrale Themen könnten EU-weit vergleichbare Daten und Indikatoren definiert werden, um das Nebeneinander verschiedener Produktions- und Sozialmodelle in einer erweiterten europäischen Union mikroanalytisch beobachten und beschreiben zu können. Es liegt nahe, solche Fragen zunächst intensiv mit Adressaten und mit anderen Wissenschaftlern zu erörtern.

Der vorliegende Bericht wurde mit Mitteln der Forschungsförderung ermöglicht. Er hat keinen unmittelbar politikberatenden Auftrag und liegt in der alleinigen inhaltlichen Verantwortung der Institute, die ihn erarbeiten. Wissenschaftliche Analysen und politisches Handeln folgen unterschiedlichen Logiken, zwischen denen eine Verständigung aktiv herbeigeführt werden muss. Daher sind Konzepte und Ergebnisse in einer politischen Öffentlichkeit zu erörtern und politisch relevante Fragestellungen gesellschaftlicher Akteure bei der weiteren Ausgestaltung der Berichterstattung zu berücksichtigen.

Seit die Datenauswertungen für diesen ersten Bericht abgeschlossen wurden, haben sich eine Reihe von Möglichkeiten für eine Erweiterung und Umgewichtung der Datenbasis sozioökonomischer Berichterstattung ergeben. So bietet es sich an, den Mikrozensus mit seinen ab 2005 verfügbaren neuen Merkmalen intensiver zu nutzen. Neue amtliche Umfragedaten wie die Telefonerhebung Arbeitsmarkt in Deutschland des Statistischen Bundesamts und die neue Gemeinschaftsstatistik EU-SILC<sup>38</sup>, neue integrierte Längsschnittdatensätze des Bundesagentur für Arbeit und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), neue europaweite Erhebungen wie der European Social Survey (ESS) sind für Forschungszwecke zugänglich gemacht worden oder werden es in absehbarer Zeit. Um sie zu nutzen, ist ein intensiverer Austausch mit Datenhaltern und möglichen wissenschaftlichen Kooperationspartnern erforderlich.<sup>39</sup>

Zwischen Prozessqualitäten und Ergebnisqualität der Sozialberichterstattung besteht also ein enger Zusammenhang. Soll der sozioökonomische Berichtsansatz weiter entwickelt werden und soll er einen Beitrag zur gesellschaftlichen Selbstaufklärung und somit zur „demokratischen Infrastruktur“ (Noll 1999) leisten, muss auch der Dialog zwischen Wissenschaftlern, Datenhaltern und ‚Nutzern‘ der Berichterstattung organisiert werden.

38 EU-SILC steht für European Statistics on Income and Living Conditions – Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen privater Haushalte.

39 Kontakte zu einer Zusammenarbeit bezogen auf Beobachtungskonzepte und auf Datennutzung wurden in 2004 z.B. mit der Kooperationsgruppe Sozio-ökonomische Modellierung am Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZIF) der Universität Bielefeld, der Projektgruppe Sozio-ökonomisches Berichtssystem für eine nachhaltige Gesellschaft am Statistischen Bundesamt und mit der SOEP-Gruppe am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung geknüpft.